

**Protokoll der Sitzung des „Gesamten Beirates“  
des Landesteilhabebeirats am 11. Mai 2017**

Dauer: 15:00 - 18:00 Uhr

Ort: Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/ 5, 28195 Bremen

Protokoll des Landesteilhabebeirates (Gesamt)

11. Sitzung am 11.05.2017

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

TOP 5 und 6 werden vorgezogen

Einstimmig beschlossen

TOP 2 Genehmigungen der Protokolle

Protokoll vom 30. November 2016 einstimmig angenommen

Protokoll vom 22. März 2017 Änderungswunsch zu TOP 4b

Situation im Klinikum Bremen Ost und die Rolle der Besuchskommission

Handelte es sich um einen reinen Informationsvortrag oder sind konkrete

Maßnahmen geplant? Der Vorsitzende teilt mit, dass bislang keine konkreten

Maßnahmen aufgenommen/ beschlossen wurden. Die Entwicklung zu dem Punkt

„Situation im Klinikum Bremen Ost“ soll weiterhin beobachtet werden.

TOP 5 Vertretung des LTHB in anderen Gremien (vorgezogen)

Durch das Ausscheiden von Herrn Spradau wird eine neue Vertretung in der Bremer

Vereinbarung benötigt. Der Vorsitzende schlägt für dieses Amt Herrn Hautop vor. Der

Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Des Weiteren wird eine Vertretung im Landesdenkmalrat benötigt. Der Vorsitzende schlägt hierfür als Mitglied Frau Austermann-Frenz und als Stellvertreter Herr Hemsath vor. Beide Vorschläge werden einstimmig angenommen.

#### TOP 6 Nachtrag zur Sitzung des kleinen Beirats am 22. März 2017

Zunächst erfolgt ein kurzer Vortrag von Herrn Kuhnigk, Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im Klinikum Bremen Ost, zum Thema Doppeldiagnose. Herr Kuhnigk erläutert, dass sich das KBO für Patienten mit einer Doppeldiagnose zuständig fühlt.

Es folgen diverse Vorschläge über mögliche nächste Handlungsschritte:

1. Schreiben des Landesteilhabebeirats zum Thema „Versorgung von Menschen mit einer geistigen Behinderung“ an die Sozialsenatorin

**Einstimmig angenommen**

2. Schreiben des Landesteilhabebeirats zum Thema „Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderungen im Land Bremen ermöglichen“ an die Mitglieder des Wahlrechtsausschusses

**Einstimmig angenommen**

3. Schreiben des Landesteilhabebeirats zum Thema „Erhebungen Medizinischer Einrichtungen im Stadtführer Barrierefreies Bremen“ an die Kassenärztliche Vereinigung.

**Einstimmig angenommen**

## TOP 3 Berichte der Ressorts

Frau Laubstein: **Maßnahme Nr. 8 Evaluation des BremBGG**

Entwurf wird am 19. Mai 2017 an die Mitglieder des Landesteilhabebeirats versandt.

**Maßnahme Nr. 189 Schaffung eines Angebots (Projekt) zur Beratung und Unterstützung unterhalb von rechtlicher Betreuung für Personen die Entscheidungsfähig sind aber Unterstützung und Assistenz benötigen**

Ein Konzept sowie ein kleines Budget liegen vor, das Modell soll demnächst starten. Ein kurzer Bericht wird folgen.

Herr Isenberg: **Maßnahme Nr. 0 Stadtführer Barrierefreies Bremen**

Wird fortgesetzt, finanzielle Mittel sind im Haushalt eingestellt

**Maßnahme Nr. 49 Zusammenarbeit der Fähren Bremen-Stedingen GmbH mit dem LBB des Landes Bremen und des Landkreises Wesermarsch. Gemeinsame Begehung der Fährstelle Vegesack-Lemwerder**

Die Mitarbeiter werden derzeit geschult

- 14 Integrationsprojekte, davon 4 in Bremerhaven bis März 2017
- Im Bundesteilhabegesetz erscheint ein neues Merkzeichen „Taubblind“

Frau von Helden: Inklusion wird in die Zielvereinbarung der Hochschulen aufgenommen

Frau Utermark: **Maßnahme Nr. 55 Entwicklung von Konzepten, um Menschen mit Beeinträchtigung einen vollen, wirksamen und gleichberechtigten Zugang zu Information und Kommunikation zu eröffnen.**

Internetauftritt der Behörden verbessert, durch Aufnahme Leichter Sprache und Gebärdensprachvideos

**Maßnahme Nr. 192 Prüfung, wie die Unterstützung von Gewalt betroffener behinderter Frauen und Mädchen in Strafverfahren gewährleistet ist und gegebenenfalls verbessert werden kann.**

Einführung einer Fortbildung zum Thema „Psychosoziale Prozessbegleitung“ wurde abgeschlossen

Frau Elfert: **Maßnahme Nr 3 Herstellung der Barrierefreiheit im Ortsamt Horn-Lehe**

umgesetzt

**Maßnahme Nr. 5 Schulung von Ortsbeiräten und Ortsamtleiterinnen und Ortsamtsleiter zum Thema „Barrierefreiheit“**

umgesetzt

Frau Buhr: **Maßnahme Nr. 21 Barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung des gesamten Bremer Rathauses herstellen, insbesondere Prüfung eines barrierefreien Haupteingangs.**

Neben der vorliegenden Machbarkeitsstudie für eine Rampenlösung am Neuen Rathaus wird aktuell als weiterer Lösungsansatz der Einbau einer absenkbaren Hebeplattform geprüft.

Herr Ninierza: **Maßnahme Nr. 147 Beschäftigungsquote von mindestens 6 %**

Laufend, derzeit bei 6,97 %

**Maßnahme Nr. 63 Entwicklung eines Leitfadens für barrierefreies Bauen für bremische öffentliche Hochbauten.**

Projektgruppe Leitfaden Barrierefreies Bauen besteht und befindet sich im Arbeitsprozess

Frau Hermann: Evaluation der Schulreform läuft  
Fortbestand Fritz-Gansberg Schule

Herr Rentzow: **Maßnahme Nr. 6 Etablierung einer Projektgruppe aus Krippenvertreterinnen und Krippenvertretern, Interdisziplinären Frühförderstellen und Eltern zu den Förderbedingungen in Krippengruppen.**

Im April 2016 wurde ein ausführlicher Abschlussbericht mit umfanglichen Empfehlungen vorgelegt

Herr Stahn: **Maßnahme Nr. 10 Klarstellung zur Barrierefreiheit auch im Denkmalschutzgesetz. Bei der anstehenden Novellierung des Bremischen Denkmalschutzgesetzes ist im Konsens zwischen Ressort, Landesdenkmalpfleger und dem Landesbehindertenbeauftragten eine entsprechende Regelung erarbeitet.**

Formulierung ist zwischen Landesamt für Denkmalpflege, Landesbehindertenbeauftragtem und Kulturressort abgestimmt

**Maßnahme Nr. 162 Einwirken auf die Kultureinrichtungen, Angebote für Menschen mit Sehbehinderungen zu schaffen: Die Kultureinrichtungen werden aufgefordert, die Belange sehbehinderter Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu berücksichtigen und insbesondere bei der Erarbeitung neuer Angebote mit in den Fokus zu nehmen.**

Es sollen mehr Angebote entstehen

Schreiben an alle Kultureinrichtungen vom Senator für Kultur, mit der bitte, dass Assistenzhunde/ Blindenführhunde der Eintritt gewährt wird.

Herr Hinrichs: **Maßnahme Nr. 101 Erarbeitung eines Kriterienkatalogs  
Barrierefreiheit von Wahllokalen.**

Kriterienkatalog wurde noch nicht an SI übersandt.

**Maßnahme Nr. 102 Einführung eines Rechtsanspruchs auf  
eine Wahlschablone in die Wahlrechtsordnung (In  
Anlehnung an die Regelung bei Europa- und  
Bundestagswahlen) und Verschickung der Schablonen über  
das Wahlamt.**

Gespräche hierzu mit dem Landesbehindertenbeauftragten  
laufen bereits.

#### Allgemeine Fragerunde

Herr Steinbrück bittet darum, die Frage des barrierefreien Zugangs zum Rathaus mit  
den Betroffenen zu besprechen

Herr Stegmann: Betroffene bei Baumaßnahmen beteiligen z. B. durch das Forum  
Barrierefreies Bremen

Herr Winkelmeier: **Maßnahme Nr. 51 Prüfung von Maßnahmen zur  
Intensivierung der behördlichen Überwachung des  
Gesetzesvollzuges zum barrierefreien Bauen.**

Wie ist der Stand?

Herr Melzer: Vollzugsproblem, nicht genügend Personal

Der Vorsitzende möchte wichtige Punkte aus dem Maßnahmenkatalog, dessen  
Bearbeitungsstand unklar ist, bei den jährlichen Jour fix Terminen mit den  
Senatorinnen und Senatoren gezielt ansprechen.

## TOP 4 Aktueller Stand der Novellierung der Landesbauordnung

Vortrag von Herr Melzer

Herr Melzer berichtet, dass die Anhörungen im Frühjahr 2017 beendet und ausgewertet worden sind. Im Anschluss fand ein Termin mit Herrn Steinbrück statt, um die Stellungnahme aus dem Haus des Landesbehindertenbeauftragten zu besprechen. Einige Punkte aus der Stellungnahme wurden abgelehnt. Gerade die Quote für die Rollstuhlgerechten Wohnungen lösten eine Diskussion aus.

Es wurde eine Quote zwischen dem Landesbehindertenbeauftragten und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr festgelegt. Diese lautet nun wie folgt: Jede neunte und dann jede weitere zwölfte Wohnung muss Rollstuhlgerecht hergestellt werden.

Zudem soll eine Abfrage erfolgen, welcher konkreter Bedarf besteht. (z. B. Single-R, Familien-R). Der Vorsitzende regt an, einen weiteren Gesprächstermin zur Klärung aller Fragen anzubieten.

Herr Melzer bittet darum Änderungsvorschläge zeitnah zu benennen.

Der Landesteilhabebeirat beschließt einstimmig in einem weiteren Termin den Gesetzesentwurf zu prüfen und Änderungsvorschläge in einem Termin mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu erörtern. Einladung soll durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr erfolgen.

## TOP 7 Verschiedenes

Termin Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport:  
Juni 2017 Thema „Unabhängige Teilhabeberatung“

Themen der nächsten Sitzung:

- BremBGG
- Berichte aus dem Rundfunkrat
- Vorbereitung der Sitzung des Gesamten Beirats